

AUNS *Klartext*

PERSONENFREIZÜGIGKEIT:

NEIN

ZUM SKANDALÖSEN
PAKET-MANÖVER
AM 8. FEBRUAR 2009



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

JANUAR 2009

128. AUSGABE

Über 46 000 Mitglieder und Sympathisanten

WORUM GEHT ES?

1. In der Juni-Session 2008 haben die damaligen Regierungsparteien die beiden voneinander unabhängigen Vorlagen zur Weiterführung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten sowie zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien zu einem einzigen Paket geschnürt. Mit diesem **demokratiefeindlichen Manöver** wollte man ein JA zur äusserst umstrittenen Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien erzwingen.
Der Stimmbürger kann somit auf zwei unterschiedliche Fragen nur eine einzige Antwort geben und damit seinen Willen nicht mehr unverfälscht ausdrücken. Das ist Sabotage an unserer direkten Demokratie.
2. Zudem bringt die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien einen «wesentlich grösseren Wanderungsdruck als aus den andern mittel- und osteuropäischen EU-Ländern» (Bundesrat, Tagesanzeiger, 30.1.2008). Die praktisch **unkontrollierte Zuwanderung bringt gewaltige Risiken** für unser Land: Lohndruck, mehr Arbeitslose, mehr Kriminalität, kaputte Sozialwerke, Souveränitätsverlust. Denn jeder EU-Bürger hat das Recht, während 6 (bis 15) Monaten in unserem Land Arbeit zu suchen oder als Selbständigerwerbender zu Tiefpreisen zu arbeiten, unser attraktives soziales Netz zu beanspruchen und später seine Angehörigen in die Schweiz zu holen. Mit der Freizügigkeit werden schliesslich alle EU-Bürger den schweizerischen Arbeitnehmern gleichgestellt.

Die AUNS sagt NEIN zur Sabotage an unserer direkten Demokratie und NEIN zu den gewaltigen Risiken einer unkontrollierten Zuwanderung.

**NEIN zur skandalösen
Paketvorlage am 8. Februar 2009!**

9x NEIN

1. NEIN ZUR SABOTAGE AN UNSERER DEMOKRATIE

Das Parlament hat mit einem demokratiefeindlichen, verfassungswidrigen Manöver zwei unterschiedliche Vorlagen (Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Ländern sowie Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien) zu einem einzigen Abstimmungspaket geschnürt. Auf zwei völlig unterschiedliche Fragen ist somit nur eine Antwort möglich. Das ist **Sabotage** an unserer Demokratie.

Zwei Fragen – eine (verfälschte) Antwort

- Sagen die Stimmbürger JA, weiss man nicht, was die Stimmbürger wollten: War es ein JA zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit? War es ein JA zur Ausdehnung auf Rumänien/Bulgarien? Oder war es ein JA zu beidem?
- Sagen die Stimmbürger NEIN, weiss man nicht, was sie wollten: War es ein NEIN zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit? War es ein NEIN zur Ausdehnung auf Rumänien/Bulgarien? Oder war es ein NEIN zu beidem?

Dieser verfassungswidrige Einbruch in unsere demokratische Rechtsordnung ist eine Sabotage an unserer Demokratie.

Die skandalöse Missachtung unserer direkten Demokratie geht Hand in Hand mit der Aushebelung unserer Volksrechte, die von den gleichen Kreisen systematisch vorangetrieben wird. Unser Landesrecht wird durch immer mehr EU-Recht, internationales Recht, angeblich zwingendes Völkerrecht und durch Entscheide fremder Richter gebrochen.

Für die AUNS ist dies der Kernpunkt, dass dieses Paketmanöver verhindert werden muss. Es geht um die Wahrung unserer Volksrechte, der direkten Demokratie, der schweizerischen Souveränität.



**JOB VERLIEREN?
8. FEBRUAR:**

NEIN
WWW.OSTZUWANDERUNG.CH

2. NEIN ZUR UNKONTROLLIERTEN OST-ZUWANDERUNG

Im Jahr 2007 sind 165 600 Ausländer neu in die Schweiz zugewandert. Nur 90 000 haben unser Land im gleichen Zeitraum verlassen. Das heisst: **Rund 75 000 Ausländer haben sich zusätzlich in der Schweiz niedergelassen.** Das entspricht etwa der Einwohnerzahl der Stadt St. Gallen. Der Grossteil stammt aus der «alten» EU, mit der seit Mitte 2007 der freie Personenverkehr in Kraft ist. Ab 2011 gilt die Personenfreizügigkeit aber auch für die neuen EU-Oststaaten mit zum Teil hoher Arbeitslosigkeit, einem wesentlich tieferen Lohnniveau und schlechten Sozialleistungen.

Und nun sollen die Schleusen auch noch für Rumänen und Bulgaren geöffnet werden, für Leute aus Ländern, die sogar Brüssel als korrupt und «nicht EU-reif» taxiert und in denen die Lohn-differenz gegenüber der Schweiz gewaltig ist. Der Durchschnittslohn ist in der Schweiz 19-mal höher als in Bulgarien! Auch was Wohlstand, Sozialleistungen, Rechtssicherheit usw. betrifft, besteht ein Quantensprung zwischen der Schweiz und Rumänien/Bulgarien.

LÖHNE IN DER SCHWEIZ, EU-OSTSTAATEN UND EU-BEITRITTSKANDIDATEN

Nettolohn pro Jahr in CHF (Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben)							
	Netto- stunden- löhne* in CHF	Auto- mecha- niker Lehr- abschluss, 25-jährig, ledig	Bau- hand- langer Lehr- abschluss, 25-jährig, ledig	Kredit- sachbe- arbeiter Banklehre, 35-jährig, Familie mit 2 Kindern	Fach- arbeiter Berufslehre, 35-jährig, Familie mit 2 Kindern	Koch Küchen- chef Stv., 30-jährig, ledig	Ingenieur Uni- Abschluss, 35-jährig, Familie mit 2 Kindern
Zürich	24.30	42 300	36 000	85 050	53 100	46 050	76 650
Genf	22.50	37 650	39 000	78 900	50 100	37 650	60 600
Istanbul	5.10	7 800	8 550	15 000	12 150	27 600	15 900
Prag	5.10	9 600	9 300	13 200	11 400	8 850	13 350
Tallinn	4.35	9 300	5 850	13 050	9 000	10 650	11 100
Budapest	3.90	7 650	5 700	13 200	7 200	14 700	13 650
Bratislava	3.60	8 100	4 650	11 400	9 750	8 700	12 300
Warschau	3.60	6 450	4 500	9 000	7 200	10 950	10 050
Riga	3.00	7 350	3 900	20 550	10 650	8 550	9 150
Vilnius	3.00	6 450	5 850	9 600	5 700	9 450	7 500
Bukarest	2.55	4 050	2 850	9 300	4 950	11 400	11 700
Sofia	1.95	5 250	3 150	3 150	5 550	3 900	4 800

* Effektive Stundenlöhne von 14 Berufen unter Berücksichtigung von Arbeitszeiten, Feiertagen und Ferien. Gewichtung nach Berufsverteilung.
[Quelle: UBS: Preise und Löhne 2006, Preise und Löhne/Update 2008]

Jeder EU-Bürger – künftig auch aus Rumänien/Bulgarien – hat einen Rechtsanspruch, während 6 (bis 15) Monaten in der Schweiz Arbeit zu suchen oder als «Selbständigerwerbender» in unser Land zu kommen, später seine (Gross-)Familie nachzuziehen und von unserem sozialen Netz zu profitieren, auch wenn er praktisch nichts einbezahlt hat.

Vor allem in den ländlichen Teilen Rumäniens ist das **Auswanderungspotenzial sehr gross.** Wegen schlechter Zukunftsperspektiven arbeiten bereits heute rund 3 Millionen Rumänen, d.h. über 10% der Bevölkerung, im Ausland – 75% davon in Italien und Spanien. Die attraktive Schweiz würde zum besonderen Magnet für rumänische Auswanderer.



3. NEIN ZU LOHNDRUCK UND ARBEITSLOSIGKEIT

Eine praktisch unkontrollierte Zuwanderung von Arbeitnehmern und «Selbständigen» in die Schweiz führt zwangsläufig zu Lohndruck und mehr Arbeitslosigkeit. Die Zuwanderer arbeiten zu tieferen Löhnen. Auch schweizerische Mindestlöhne sind für viele Zuwanderer attraktiv. Schweizer Arbeitnehmer geraten wegen unserem hohen Lohnniveau zwangsläufig unter Druck. Denn unsere Gewerbler und Unternehmer stehen in einem harten Konkurrenzkampf. Sie werden die Schweizer Arbeitnehmer vielleicht behalten, aber zu einem tieferen Lohn.

Die hochgejubelten **flankierenden Massnahmen** – ein Heer von staatlichen Kontrolleuren, Mindestlöhne, flächendeckende Gesamtarbeitsverträge – sind eine **Illusion** (Für Selbständige gelten sie ohnehin nicht.). Mit weiteren flankierenden Massnahmen wird der schweizerische Arbeitsmarkt überreguliert und massiv geschwächt. Vor allem in einer **Rezession**, die bei einzelnen Branchen bereits Tatsache ist, wird die Arbeitslosigkeit stark steigen.

4. NEIN ZUM BANKROTT UNSERER SOZIALWERKE

Mit der Personenfreizügigkeit dürfen Inländer gegenüber Ausländern nicht mehr bevorzugt behandelt werden. Viele Ausländer, die bei einer Rezession arbeitslos werden, werden unser Land nicht verlassen, sondern unsere attraktiven Arbeitslosengelder und auch Sozialhilfe beanspruchen. Denn sie sind und bleiben mit der Personenfreizügigkeit in unserem sozialen Netz.

Die Einwanderungswelle in den 90er Jahren hat gezeigt, wie stark unsere Sozialwerke (Arbeitslosen-, Krankentaggeld- und Invalidenversicherung sowie Pensionskassen) durch Missbrauch belastet werden können. Mit der Personenfreizügigkeit ist der Zugriff zu den Sozialleistungen sogar legal!

Schon heute gilt die magische Zahl von 40%: Je rund 40% der Arbeitslosen-, IV- und Sozialhilfeleistungen gehen an Ausländer. Und morgen – wenn die Rumänen und Bulgaren kommen?

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien kann letztlich zum **Bankrott unserer Sozialwerke** führen. Denn **ein attraktiver Sozialstaat und unkontrollierte Einwanderung sind unüberbrückbare Gegensätze.**

5. NEIN ZU NOCH MEHR OST-KRIMINALITÄT

Seit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien häufen sich die Meldungen über rumänische Diebes- und Einbrecherbanden in ganz Westeuropa.

- In **Italien**, wo derzeit rund eine Million Rumänen leben, zeigen sich die Probleme besonders gravierend. Seit dem EU-Beitritt ihres Landes kommen jeden Tag über 2000 Rumänen nach Italien. Die Bevölkerung hat schon mehrmals zur «Selbsthilfe» gegriffen und Unterkünfte angezündet. Dazu darf es in der Schweiz nicht kommen.
- Auch in **Spanien** räumt der (sozialistische) Innenminister nun endlich ein, dass seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 mehr als eine halbe Million Rumänen in Spanien eingewandert sind. Der Innenminister bestätigt zudem, ein grosser Teil der Ost-Einwanderer habe mehrfach Straftaten begangen. In spanischen Grossstädten zeigt sich dies vor allem durch schwere Gewalttaten, Überfälle, Diebstähle, illegale Prostitution, Bettlerei und Mafiabanden. In Spanien ist jeder zehnte Rumäne verurteilt. Das Land ist durch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien völlig überfordert. In der Bevölkerung herrscht ein permanentes Gefühl von Wut und Unsicherheit.
- Auch in der **Schweiz** sind vor allem jugendliche Roma-Banden, die in italienischen und französischen Camps leben, in den Städten auf Diebestour. Die Roma schicken bewusst ihre Kinder, weil diese nach einem polizeilichen Aufgriff nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden und schnell wieder auf freiem Fuss sind. Laut der Zeitung Le Temps (15.12.2008) sind derzeit «mehr Roma in Genf denn je».

6. NEIN ZU «NICHT EU-REIFEN» LÄNDERN

Selbst die EU-Kommission in Brüssel taxiert Rumänien und Bulgarien aufgrund der massiven Korruption als «nicht EU-reif». Beide Länder haben die beim EU-Beitritt abgegebenen Versprechungen, sie würden die Korruption mit allen Mitteln bekämpfen, kaum umgesetzt. Deshalb hat Brüssel Unterstützungsgelder von Hunderten von Millionen Euro gestoppt. Nur die Schweiz zahlt; der Bundesrat hat den beiden Ländern über 250 Millionen Franken «Osthilfe» zugesagt. Sind diese Länder also «reif für die Schweiz?»

In verschiedenen EU-Ländern wird die Zuwanderung aus Rumänien/Bulgarien gebremst:

- **Grossbritannien, Spanien und Dänemark** haben für Rumänien und Bulgarien erstmals Kontingente für Arbeitsbewilligungen erlassen und die Öffnung des Arbeitsmarktes um zwei Jahre verschoben.
- In **Holland** hat die christdemokratische Regierungspartei CDA einen 15-Punkte-Plan vorgelegt, wonach osteuropäische Migranten nur noch sehr begrenzt in den Genuss von Sozialleistungen kommen sollen.
- **Irland** will aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit Einschränkungen für Arbeitnehmer aus Rumänien/Bulgarien für mindestens weitere drei Jahre einführen.

Nur der Bundesrat, unterstützt von den Mitte-links-Parteien und von Wirtschaftsfunktionären, will um jeden Preis der Musterschüler für die EU-Bürokraten sein!

7. NEIN ZUR LÜGEN-PROPAGANDA DER BEFÜRWORDER

Bundesräte, Mitte-links-Politiker und Verbandsfunktionäre gaukeln uns geradezu paradiesische Zustände dank der Personenfreizügigkeit vor. Sie faseln von 500 Millionen Konsumenten, die EU-weit angeblich sehlichst auf unsere Produkte warten. Und sie behaupten, die Personenfreizügigkeit habe in letzter Zeit 250 000 Arbeitsplätze «generiert». Das ist eine Propaganda-Lüge.

Tatsache ist: Neue Arbeitsplätze entstanden aufgrund der lang anhaltenden Hochkonjunktur (die aber jetzt vorbei ist!). Hingegen hat uns die Personenfreizügigkeit mit der «alten EU» seit Mitte 2007 über 3000 Deutsche pro Monat «gebracht».

Seit dem 1. Juni 2007 hat die Schweiz gegenüber Bürgern aus der alten EU keine Kontingente mehr. Konsequenz: Allein zwischen September 2007 und August 2008 sind rund 120 000 EU-Bürger neu in die Schweiz eingewandert. Jeden Tag haben sich durchschnittlich 326 neue EU-Bürger in der Schweiz niedergelassen, davon 137 Deutsche.

- Die Forschungsabteilung der Schweizerischen Nationalbank kommt in einer Publikation des Bundes zum Schluss: «Die Personenfreizügigkeit hat den Rückgang der Arbeitslosigkeit gebremst.» Fazit: In der Hochkonjunktur ist die Zahl der Arbeitslosen weniger stark zurückgegangen, als dies ohne Personenfreizügigkeit der Fall gewesen wäre.
- **Die Arbeitslosenzahlen steigen seit Beginn der Wirtschaftskrise zügig an – und zwar bei den Ausländern aus der EU stärker als bei den Schweizern.** Das beweisen die Arbeitslosenzahlen aus dem Kanton Zürich. (TA, 30.12.2008)

In den Abstimmungsunterlagen zur Personenfreizügigkeit behauptet der Bundesrat, **EU-Bürger würden die Schweiz wieder verlassen, wenn sie arbeitslos werden. Das ist pure Propaganda und Falschmünzerei.** Bei unserem attraktiven Sozialsystem wären die Ausländer ja blöd, wenn sie die Schweiz verlassen würden! Denn sie haben Anspruch auf unser soziales Netz.

Erfahrungen in Italien, Spanien, England, Schweden

Derzeit lebt rund eine Million Rumänen in **Italien**. Ihre Zahl hat sich seit dem EU-Beitritt Rumäniens jährlich verdoppelt. Die Kriminalitätsrate ist enorm.

In **Spanien** leben mehr als 500 000 Rumänen und 100 000 Bulgaren. Jeder 10. Rumäne ist verurteilt. Die sozialistische spanische Regierung versucht nun, «Gastarbeiter» mit Geldgeschenken zur Rückkehr zu bewegen.

Grossbritannien: Trotz der Kontingente gegenüber Rumänen und Bulgaren ist die Zahl der «Besucher» in 12 Monaten um 77% (von 113 000 auf 200 000) gestiegen.

Selbst das «Integrations-Musterbeispiel» **Schweden** muss die gescheiterte Integration der Roma eingestehen. In Malmö gehen nur die Hälfte der Roma-Kinder zur Schule, und nur jeder 10. erwachsene Roma arbeitet.

Das alles wird von der Befürworter-Propaganda, die einmal mehr rote Äpfel auf den Bäumen verspricht, wohlweislich verschwiegen!

8. NEIN ZU DEN DROHUNGEN DER BEFÜRWORDER

Der Bundesrat, andere EU-Beitritts-Apostel von Mitte-links sowie wirtschaftliche Nutzniesser der Personenfreizügigkeit drohen uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern:

«Ein NEIN zum Abstimmungspaket am 8. Februar 2009 bedeutet das Ende des bilateralen Weges. Dann bleibt nur noch der Beitritt zu EU!»

Das ist absurd. Tatsache ist:

- Nach dem NEIN des Volkes kann der Bundesrat dem Parlament und allenfalls dem Volk die beiden Abstimmungsvorlagen nochmals getrennt vorlegen. Erst dann muss der Bundesrat das Resultat nach Brüssel melden (notifizieren). Bis dann läuft die Personenfreizügigkeit automatisch weiter.
- Die EU-Länder werden die Bilateralen I (u.a. Landverkehrsabkommen/Lastwagentransit) nicht kündigen. Sie profitieren zu sehr davon und würden sich ins eigene Fleisch schneiden. Für eine Kündigung der Bilateralen I wäre die Einstimmigkeit aller 27 EU-Länder nötig.

Die Drohung mit der «Guillotine» ist ein Ammenmärchen. Zudem begeht der Bundesrat gegenüber früheren Aussagen mehrfachen **Wortbruch**:

«Es gibt keinen Automatismus in der Personenfreizügigkeit. (...) Das Schweizervolk wird jedes Mal die Gelegenheit haben, darüber abzustimmen.» (a. BR J. Deiss, Der Landbote, 20.8.2005)

«Falls die EU weitere Länder aufnimmt – z.B. Bulgarien oder Rumänien – kann in der Schweiz erneut darüber abgestimmt werden, ob das Abkommen auf diese Länder ausgedehnt werden soll.»

(BR Micheline Calmy-Rey, Coopzeitung Nr. 36, 7.9.2005)

9. NEIN ZUR BEHAUPTUNG, DIE WIRTSCHAFT BRAUCHE DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Einige Unternehmer und Manager behaupten aufgrund von Eigeninteressen (z.B. billige Arbeitskräfte), «die Wirtschaft» brauche die Personenfreizügigkeit – und ebenso die damit verbundenen Absatzmärkte.

Tatsache ist:

- Die Unternehmen haben jene ausländischen Arbeitskräfte, die sie benötigen, stets auch mit **Kontingenten** bekommen. Diese Kontingente wurden bisher zwischen dem Bundesrat und den Branchenverbänden ausgehandelt – zum allseitigen Nutzen.
- Die Absatzmärkte haben mit der Personenfreizügigkeit nichts zu tun. Sie sind eine Folge von Wirtschafts- und Freihandelsabkommen und eines offenen Marktes.

WAS IST ZU TUN NACH DEM NEIN?

Nach dem NEIN des Volkes zum undemokratischen Paket-Manöver des Parlaments passiert überhaupt nichts. Die Bilateralen I werden weitergeführt, solange der Bundesrat kein Abstimmungsergebnis nach Brüssel meldet (notifiziert).

Und in der Tat kann er gar kein Resultat melden, denn bei einem NEIN an der Urne ist es unklar, was damit zu den beiden Vorlagen genau gemeint ist. Das NEIN ist interpretationsbedürftig.

Der Bundesrat kann das Abstimmungspaket – wie ursprünglich getrennt auf die zwei Vorlagen – in kurzer Zeit wieder dem Parlament (und im Fall eines Referendums dem Volk) vorlegen. Damit ist unsere direkte Demokratie wieder hergestellt, unsere Volksrechte und unsere Souveränität bleiben gewahrt.

Darum: NEIN zur demokratiefeindlichen Paket-Vorlage am 8. Februar 2009!

PERSONENFREIZÜGIGKEIT? ES GEHT UM MEHR.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Präsident der AUNS



Mit Schreiben vom 26. September 2005 informierte die EU-Kommission den Bundesrat offiziell über den Angriff der EU-Staaten auf unsere kantonale Steuerhoheit. Gerade einmal einen Tag nachdem das Schweizer Volk am 25. September 2005 der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Staaten zustimmte. Obwohl das

Schreiben vom 25. September 2005 höchst brisant war und genau die Befürchtungen des Referendumskomitees gegen die Bilateralen I rund 5 Jahre nach der Abstimmung bestätigte, orientierte der Bundesrat weder das Parlament noch das Schweizer Volk, den Souverän. Der Grund der Unterschlagung der wichtigen Information war einfach: Das Schweizer Volk musste am 26. November 2006 das Versprechen des vorschnellen Bundesrates bestätigen und zuerst noch der Kohäsionsmilliarde an die 10 neuen EU-Staaten zustimmen. Also wurde der schon lange entfachte Steuerstreit willentlich und flissentlich 14 Monate lang unter Verschluss gehalten und erst am 27. November 2006 – wieder einen Tag nach einer Volksabstimmung – erstmals öffentlich diskutiert.

In der Zwischenzeit hatte Herr Steinbrück mehrmals die Peitsche geschwungen und der Bundesrat war in Sachen Steuerstreit sofort in den «Dialog» mit der EU getreten und nach Brüssel gereist. Am 10. Dezember 2008 kam dann die Hiobsbotschaft des Bundesrates: Er will die Wettbewerbsstellung der Schweiz mit einer «dritten» Unternehmenssteuerreform verbessern – und der EU im Steuerstreit einen Schritt entgegenkommen. Sind Bundesrat und Parlament bald Vasallen der EU-Staaten? Und darf das Schweizer Volk am 8. Februar 2009 deshalb nicht NEIN sagen zur skandalösen Päcklipolitik des Parlamentes?

Sind wir bald eine Gesinnungsdiktatur mit Gleichschaltung des Denkens? Eine direkte Demokratie, welche JA aber niemals NEIN sagen darf? Wollen wir uns einer Gruppenideo-

logie unterwerfen, die jeden Andersdenkenden ausgrenzt? Mit einem NEIN am 8. Februar 2009 erteilen wir in erster Linie einmal der undemokratischen und verfassungswidrigen Päcklipolitik des Parlamentes eine Abfuhr. **Damit bringen wir unser demokratisches Haus wieder in Ordnung und zwingen den Bundesrat, sich von seinem Untertanentum zu befreien.**

Bekanntlich müssen Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand immer wieder neu errungen und gesichert werden. Aber noch nie waren unsere Errungenschaften so bedroht wie heute. Deshalb sind wir im Vorfeld zur Abstimmung am 8. Februar 2009 besonders gefordert. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement.



Bestellung

ABSTIMMUNGS-PLAKATE FÜR DEN 8. FEBRUAR 2009

A2-Plakate	(42x60 cm)	Set mit 3 Sujets	gratis	___ Anzahl Set
A3-Plakate	(30x42 cm)	Set mit 3 Sujets	gratis	___ Anzahl Set
F4-Plakate	(90x128 cm)	Set mit 3 Sujets (beschränkt lieferbar)	gratis	___ Anzahl Set

Alle Plakate werden gefalzt (A4) geliefert.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Telefon/E-Mail _____

Talon einsenden an:

AUNS, Postfach 669

3000 Bern 31

Fax 031 356 27 28

E-Mail info@auns.ch

Telefon 031 356 27 27